

Danziger Zeitung.

Nr. 18199.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gepflastete gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 19. März. (W. T.) Gestern Nachmittags 7 Uhr fand das Galadiner der Konferenz-Delegirten beim Kaiser in der Bildergalerie des Schlosses statt. Zur Rechten des Kaisers saßen Jules Simon und der Däne Tietgen, gegenüber Moltke, zur Rechten der Kaiserin Minister v. Bötticher, zur Linken der Minister Maybach; auch der Minister Graf Herbert Bismarck war anwesend. Der Kaiser und die Kaiserin zeichneten viel Delegirte durch längere Ansprachen aus. Der Kaiser war in leutseligster Stimmung und sehr erfreut, daß die Aussichten auf das Gelingen der Konferenz für vorzüglich gelten. Er verweile bis 9½ Uhr. Heute fanden Sitzungen der Commissionen um 10 und 11 Uhr statt. Abends ist bekanntlich Defillicour im Schlosse, Donnerstag Reunion bei dem Handelsminister v. Berlepsch.

Berlin, 19. März. (Privattelegramm.) Nach der „Kreuzzeitung“ wird der Generalstaatssekretär Graf Waldersee, welcher neuerdings nicht unbedeutend an der Influenza erkrankte, zur Wiederherstellung seiner Gesundheit einen mehrwöchentlichen Urlaub nach der Riviera antreten.

Spandau, 19. März. (W. T.) Den Arbeitern der Artillerie-Werkstatt ist gestern Nachmittags durch Anschlag bekannt gegeben worden, zehn Arbeiter zu wählen, welche mit dem stellvertretenden Director Major Becker wegen Regelung der Arbeitszeit sowie Einführung einer gegen seitigen Ründigung unterhandeln sollen.

Zanzibar, 19. März. (W. T.) Emin Pasha ist nach Bagamoyo abgereist. Specialemissäre sind nach dem Süden abgegangen, um Frieden zwischen den Arabern und Deutschen herzustellen.

Rotterdam, 19. März. (W. T.) Eine weit verzweigte Fälscherbande ist entdeckt, welche Brüsseler, Antwerpener Giadijose, spanische Staatsrenten und preußische Staatspapiere im großen Stile nachgemacht hat. Zehn Personen sind verhaftet.

Politische Uebersicht.

Danzig, 19. März.

Zur Kanzlerkrise.

Ueber den Stand der Kanzlerkrise ist heute zunächst das nachstehende Telegramm zu verzeichnen:

Berlin, 19. März. (W. T.) Die „Nat. Ztg.“ meldet: Das Entlassungsgesuch des Reichskanzlers soll ganz kurz und nur durch Körperbedenken infolge hohen Alters begründet sein. Die Annahme ist jedoch zweifellos. Es heißt, der „Reichsamt.“ veröffentlichte heute die Annahme. An eine Abänderung der Regierungseinrichtungen des Reiches wird nicht gedacht, also wird wieder ein Reichskanzler ernannt. Die Persönlichkeit, auf welche der Kaiser in erster Linie die Wahl gelenkt, soll sich über die Annahme noch nicht erklärt haben.

Unser Berliner - Correspondent schreibt uns vom 18. März, Abends:

„Als der offiziöse Telegraph gestern Abend die Meldung der „Aölnischen Zeitung“ weiter verbreitete, daß der Ministerrat sich mit der Thatfrage des Entlassungsgesuches des Reichskanzlers beschäftigt habe, mußte man annehmen, daß es in der That die Absicht des Urhebers dieser Nachrichten sei, allseitig die Annahme hervorzurufen, daß Fürst Bismarck entschlossen sei, auf seine sämtlichen Aemter zu verzichten. Von offiziöser Seite ist bisher über das Ergebnis dieser Krise nichts mitgetheilt worden. Während das „W. T. B.“ gestern Abend die Meldung der „Aöln. Ztg.“ unbeanstanden weiter verbreiten konnte, wurde Mitteilungen der Correspondenten auswärtiger Blätter, welche sich auf den Rückzug des Reichskanzlers und die damit zusammenhängenden Gerüchte bezogen, die Beförderung verweigert. Die Sperrre wurde erst heute Mittag aufgehoben, aber auch dann begnügte das offiziöse Bureau sich mit der Wiedergabe der Urtheile der Morgenblätter, die niemand verpflichten. In den „Reichsanzeiger“ dagegen ist die Depesche der „Aölnischen“ nicht gelangt, um so auffälliger aber ist es, daß der „Reichsamt.“ heute Abend an hervorragender Stelle die gestrigige Depesche des „W. T. B.“, daß Windthorst den Kaiser nur ein Mal gesehen habe und den Kaiser garnicht, als eine besondere Merkwürdigkeit abdrückt. Es sieht das nicht so aus, als ob der Reichskanzler bereit gewillt sei, die Brücke hinter sich abzuschneiden. Die ihm vor allem ergebene „Post“ erklärt, sie werde warten, bis der „Reichsanzeiger“ den Rücktritt des Reichskanzlers ankündige, und die „Aöln. Ztg.“, die in einem längeren Artikel das Rücktrittsgesuch erörtert, schließt doch auch mit der Wendung, man habe noch nicht alle Hoffnung aufgegeben. Bisher scheint auch das preußische Staatsministerium seine Entlassung noch nicht angeboten zu haben. Jedemfalls hätte es dazu Zeit, bis die Frage der Neubildung oder neuen Besetzung des Ministerpräsidentenpostens zur Entscheidung steht. Daß die Chefs der Reichszämter dem Beispiel des Reichskanzlers folgend dem Kaiser ihre Aemter zur Verfügung gestellt hätten oder stellen

wollten, ist kaum glaublich. Die Herren sind ja eben nur Stellvertreter des Reichskanzlers, und wenn dieser in Wegfall kommt, so hängt es ja von dem Nachfolger desselben ab, in wie weit er die Stellvertreter seines Vorgängers auch zu seinen eigenen Stellvertretern machen will.

Was über die Neubildung der Reichsämter verlautet, ist mit Vorsicht aufzunehmen, namenlich die Behauptung, die auswärtigen Angelegenheiten würden in Zukunft nicht mehr von dem Reichskanzler regiert, als welcher General v. Caprivi deshalb bezeichnet wird, weil er in der vorigen Woche eine längere Unterhaltung mit dem Kaiser gesplogen hat. Das Auswärtige Amt oder jedes andere der Reichsämter kann von dem Geschäftskreise des Reichskanzlers nur auf dem Wege der Reichsgesetzgebung losgetrennt werden. Wenn man bedenkt, wie groß die Schwierigkeiten sind, welche sich einer solchen Neuregelung entgegenstellen, so wird man die Angaben von dem feststehenden Rücktritt des Reichskanzlers noch immer nicht ohne Misstrauen aufnehmen. Es wäre ja allerdings möglich, einen Nachfolger des Reichskanzlers zu ernennen und diesem die weiteren geschäftslichen und anderen Schritte zu überlassen. Indessen würde das wiederum zu einem bedenklichen Interregnum führen. Was diesen Zweifel in hohem Grade unterstützt, ist folgende Thatsache:

Der Reichskanzler hat sich, wie bekannt, bei den Einleitungen der Verhandlungen über die Arbeiterschutzgesetzgebung in keiner Weise beteiligt. Aber gerade heute, wo er angedacht auf dem Sprunge steht, seine Aemter aufzugeben, ist er in den Ausschüssen der Konferenz erschienen und hat dieselben mit einer Ansprache überrascht. Über den Inhalt derselben wird bisher absolutes Still schweigen beobachtet. Gleichzeitig lud Fürst Bismarck die Mitglieder der Konferenz zu morgen zum Diner ein. Auf wen diese Vorgänge den Eindruck machen, daß wir am Vorabend des Rücktritts des Reichskanzlers stehen, der mag deshalb nicht geahnt werden. Indessen wir haben auf diesem Gebiet im Laufe der letzten Jahrzehnte bereits so viele Erfahrungen gemacht, daß wir allmählich eben so wie die Post zu der Ansicht gekommen sind, den Rücktritt nur dann als endgültige Thatsache zu betrachten, wenn der „Reichsanzeiger“ denselben veröffentlicht hat.“

Die Meldung unseres wohlunterrichteten Correspondenten von dem Besuch des Kanzlers in der Arbeiterschutzkonferenz wird heute auch von dem offiziösen Wolffschen Telegraphenbureau durch folgende Depeschen bestätigt:

Berlin, 19. März. (W. T.) Während der gestrigen Frühstückspause der Delegirten-Konferenz erschien der Reichskanzler mit seinem Sohne Herbert und verweilete von 11/4 bis 2 Uhr im Kreise der Delegirten.

Berlin, 19. März. (W. T.) Die Einladungen der Congreßmitglieder seitens des Fürsten Bismarck erfolgen anscheinend länderweise. Nachdem die englischen bereits geladen gewesen, folgen morgen die französischen. Vielleicht wird bemerkt, daß der Reichskanzler gestern gleich bei seinem Eintritt den französischen Delegirten Jules Simon herzlich begrüßte und eine längere Conversation mit ihm pflegte.

Auf den Straßen der Reichshauptstadt wurden gestern Nachmittag Extrablätter verkauft, welche den Rücktritt des Fürsten Bismarck von seinen preußischen und Reichsämtern als bereits formell seitens des Kaisers genehmigt ankündigten. Selbstverständlich ist die Kanzlerkrise so weit noch nicht gelöst. Da nach § 17 der Reichsverfassung alle Verordnungen und Dersigungen des Kaisers zu ihrer Gültigkeit der Gegenseitung des Reichskanzlers bedürfen, der dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt, so ist eine Lücke in der Beziehung des Reichskanzleramtes verschwieglich unmöglich. Die offizielle Gewährung des Entlassungsgesuches, wenn dasselbe aufrecht erhalten wird, kann also erst in dem Moment erfolgen, wo die Ernennung des Nachfolgers statfindet, und über die Person dieses Nachfolgers gibt es bisher nur Vermuthungen.

Kaiser und Kanzler.

Die governementale „Staat.-Correspondenz“ verbreitet über die Gründe zum Rücktritt des Kanzlers folgende Angaben:

„Mag es vielleicht auch ein Zufall sein, daß die Rücktrittsabsicht des Fürsten Bismarck angesichts der hier versammelten internationalen Arbeiterschutz-Konferenz in volle Actualität tritt, so dürfte doch so viel feststehen, daß der Fürst hinsichtlich der Arbeitersachen von speziellen politischen Gesichtspunkten geleitet wurde. Der bewunderte und erfahrene mächtige Staatsmann mochte fürchten, daß die neuesten Verlungen zur Lösung der Arbeitersache nur weitere Vergehen und schließlich Massen in sozialistische Kreise verschlingen würden, welche an und für sich umßürzerische Bestrebungen nicht von vorn herein zugänglich sind. Bei solchem Ausblick in die Zukunft mußte zugleich der Gedanke sich geltend machen, daß späterehin Ausnahme-Maßregeln von viel weitaussichtiger Art als das bisherige Socialistengesetz einmal könnten notwendig werden, und das schließlich, wo die Worte des Gesetzes und der Staatsordnung keinen inneren Frieden mehr zu garantiren vermögen, die in jüngster Zeit viel besprochenen Karozen, dennoch würden sprechen müssen. Auch andere Gebiete der Politik werden genannt, auf welchen sich der Reichskanzler zu Aktionen gedrängt sah, welche weniger seiner eigenen Initiative als der Macht der Verhältnisse entsprangen. Ein Fortschreiten auf dieser Bahn würde aber mit seiner ganzen verantwortungsvollen Stellung auf die Dauer nur schwer sich haben vereinen lassen.“

In hohem Grade lehrreich bezüglich des Verhältnisses des Kanzlers zum Kaiser ist eine aus den nächsten Kreisen, d. h. der unmittelbaren Umgebung des Reichskanzlers kommende Mitteilung der „Aöln. Ztg.“, welche sich bemüht, das psychologische Motiv hervorzuheben, indem sie ausführt:

„In der Zeit, da das greise Haupt des großen und guten Monarchen Wilhelms I. sich sichtlich dem Grabe neigte und der deutsche Kaiser der Menschheit den Tribut machender Schwäche zollte, hatte Fürst Bismarck sich selbst in die umumstränkte Machtfülle einer allgemeinen Stellung eingelebt. Jetzt, d. h. nach dem Tode Kaiser Friedrichs, stand ein Kaiser von männlich kräftiger Entschlusskraft neben ihm, ein Monarch, der selbst regieren wollte bis in alle kleinen Einzelheiten eines großen und verwinkelten Betriebes hinein, der nicht allein seinem verdienstvollen Berater sein Ohr ließ, sondern hier und dort mannsfach auch bei Männern in unerantwortlicher Stellung sich umhörte. Mit so schwärmerischer Verehrung auch die glühende Seele des Monarchen an dem Reichskanzler hängt, vor dem jeder deutsche Mann in dankbarer Erfurcht sein Haupt neigt, so konnte es doch nicht ausbleiben, daß neben den Kanzlerschlägen des verantwortlichen Staatsmannes auch die Einflüsse anderer vertrauenswürdiger Personen, deren Erfahrung der Herrscher nutzbar machen wollte, sich Geltung verschaffen.“

Nach einigen weiteren Ausführungen dieser Art fährt das Blatt fort:

„So wuchs die chronische Kanzlerkrise und alle verfeindeten Meinungsverschiedenheiten wegen Socialpolitik oder Militärforderungen, wegen Socialistengesetz oder Centrum mächtig hinaus zu einem schwer ausgleichenden Segen.“

Am Sonnabend Mittag stattete der Kaiser dem Grafen Herbert im Auswärtigen Amt einen Besuch ab, zu dem auch der Reichskanzler hinzukam. Von da an soll das Entlassungsgesuch des Reichskanzlers datiren. Aber selbst dieses Mal ist man wenigstens vorgestern noch in der Umgebung des Kanzlers nicht ganz ohne Hoffnung gewesen. Die „Aöln. Ztg.“ schreibt:

„Selbst in dieser schicksals schweren Stunde halten wir an der leichten schwachen Hoffnung auf glückliche Beilegung (der Krise) fest.“

An eine Beilegung der Krise auf die Dauer ist natürlich, bemerkt dazu die „Lib. Corr.“, nicht zu denken. Die Politik des Fürsten Bismarck hat durch die Niederlage der Cartellparteien bei den letzten Reichstagswahlen eine nicht gut zu machende Niederlage erlitten. Die Cartellmehrheit des Reichstages in 1887 war geschaffen, um liberalen Gesinnungen des damaligen Thronfolgers, des Kaisers Friedrich, Schranken zu setzen. Sie würde, wenn Kaiser Friedrich als gesunder Mann auf den Thron gekommen wäre, diesen Zweck sicherlich nur kurze Zeit erfüllt haben. Aber nach dem Regierungsantritt Wilhelms II. ist das Verlangen nicht ungerechtfertigt, daß die neue Regierung wohl die Erfolge ihrer Vorgängerin, nicht aber die Fehler und Schwächen derselben trägt. Anstatt der weiteren Verhetzung der Parteien untereinander und mit der Regierung zur diplomatischen Verwertung derselben muß endlich eine auf Verständigung gerichtete, die Hilfe aller Hilfsbereiten mit Befriedigung begrüßende Politik treten.

Die Haltung der Berliner Börse.

Die Börse hat die Nachricht von der Kanzlerkrise mit weit größerer Ruhe und Gelassenheit aufgenommen, als man erwarte. Jede Aenderung in betreff maßgebender Personen pflegt für einen bis zwei Tage bekanntlich die Börse zu „verstimmen“. Die Börsenlage ist überhaupt jetzt eine wenig günstige. Gleichwohl haben die Rücktrittsnachrichten einen sehr geringen Coursrückgang der Reichs- und Staatspapiere zur Folge gehabt. Bei den 4 proc. Reichspapieren belief sich der Rückgang nur auf 0,15 proc., bei den 3½ proc. auf 0,30 proc., bei den 4 proc. preußischen Consols auf 0,20 proc., bei den 3½ proc. Consols auf 0,30 proc. Das sind Rückgänge, die schon am nächsten Tage wieder ausgeglichen werden können.

Stimmen des Auslandes.

In London ziehen die radicalen Organe die unsinnigsten Schlüsse und meinen, der europäische Friede sei gefährdet. Die conservativen Blätter urtheilen bedeutend ruhiger: „Bei Bismarcks Alter und seiner notorischen Meinungsverschiedenheit mit dem Kaiser in Bezug der inneren Politik“, so schreibt der „Standard“, „ist der Rücktritt nicht zu verwundern. Wir werden jetzt sehen, wer Deutschland regiert, Bismarck oder der Kaiser.“ Die Correspondenten der Londoner Blätter beklagen sich insgesamt über die in Berlin geübte Censur.

In Paris machen die Nachrichten über die deutsche Kanzlerkrise einen immensen Eindruck und rieben in der diplomatischen wie parlamentarischen Welt und unter den Journalisten diese Bewegung hervor, die sich zum Theil in wunderlichen Auffassungen und Zukunftscombinationen Luft macht. Das „Journal des Débats“ sagt:

„Mit Umkehrung der früheren Rollen war Fürst Bismarck im Amt eine Bürgschaft des Weltfriedens. Wenn er verschwindet, welche neue Richtung wird der Kaiser seiner Politik geben? Kaiser Wilhelms physiologische Eigenart ist noch zu wenig bekannt, als daß man vorher sagen könnte, wie sie sich entwickeln wird. Gestern war der Kaiser für uns nur ein Soldat, heute ist er ein Menschenfreund und Reformer. Alar ist sein Entschluß, seinen Willen durchzusetzen und jeden Widerstand zu brechen. Was wird er morgen wollen? Wir haben zu viele Überraschungen gehabt, um nicht neu zu erwarten. Wünschen wir, daß sie glückliche seien und die Ruhe der Weltेण schonen.“

Andere Blätter erblicken gerade in dem Rücktritt Bismarcks im jüngsten Augenblick das Symptom einer völlig ungetrübten friedlichen Lage.

Auch in Wien erregt die deutsche Kanzlerkrise gewaltsiges Aufsehen. Einige Wiener Blätter melden in Berliner Telegrammen, es sei noch zweifelhaft, ob der Kaiser das Demissionsgesuch

des Kanzlers genehmigen werde, andere bringen Telegramme, welche besagen, der Kaiser habe die Entlassung des Reichskanzlers bereits genehmigt. In den Blättern, die das Ereignis besprechen, kommt zunächst das Gefühl großer Überraschung zum Ausdruck; denn bisher hat man in Wien an den Ernst der Kanzlerkrise nie recht geglaubt. Auch im österreichischen Parlament rief die Runde große Bewegung hervor, die Abgeordneten besprachen in den Wandergängen das Ereignis, wollten aber vielfach noch nicht daran glauben; namenlich bezweifeln viele, daß Fürst Bismarck auch die auswärtige Politik nicht mehr leiten sollte, und meinen, in wichtigen Fällen würde sein Rath jedenfalls noch eingeholt werden. Man erinnert daran, daß bezüglich der auswärtigen Politik Differenzen zwischen dem Kaiser und dem Kanzler nicht bestanden haben, und meint, nur das sociale Problem und innere deutsche Fragen hätten die Krise herbeigeführt. Demnach liegt auch die Aufstellung vor, daß Fürst Bismarcks Rücktritt nach auswärtig weniger praktische Folgen bewirken werde, da gerade nach dieser Richtung Alles zur Zeit geordnet und Deutschland durch seine Bündnisse geschützt ist.

Aus Rom wird berichtet, daß dort die Nachricht vom Rücktritt des deutschen Reichskanzlers von allen seinen Aemtern einen leisen Eindruck machte. Bismarcks Rücktritt gilt in Rom überwiegend als Beweis des endgültigen, auf den Kaiser zurückgehenden Bruches mit dem System der Zwangspolitik und der sozialen Bevorzugung.

Abänderung des Strafgesetzbuchs.

Dem Vernehmen der „Pol. Nachr.“ zufolge ist dem Bundesrathe ein Gesetzentwurf über die Abänderung verschiedener Bestimmungen des Strafgesetzbuchs zugegangen. Der Entwurf bezieht lediglich eine Ergänzung derjenigen Vorschriften, welche das Post- und Telegraphenwesen betreffen. Nach § 276 des Strafgesetzbuchs wird gegenwärtig mit Geldstrafe bis zu 600 Mk. bestraft, wer wissentlich schon einmal zu stempelnden Urkunden, Schriftstücken oder Formularen verwendetes Stempelpapier etc. zu stempelnden Schriftstücken verwendet. Nach der Novelle soll die gleiche Strafe denjenigen treffen, welcher wissentlich schon einmal verwendete Post- oder Telegraphenwertezeichen nach gänzlicher oder teilweiser Entfernung des Entwertungszeichens zur Frankirung benutzt. Nach den bisherigen §§ 317 bis 320 werden Personen wegen vorräufiger oder fahrlässiger Handlungen bestraft, welche die Benutzung der zu öffentlichen Zwecken dienenden Telegraphenanstalten verhindern oder fördern. Es wird in denselben ferner die Beschäftigungsunfähigkeit der hier nach bestraft. Bahn- und Telegraphenbeamten ausgesprochen und deren versuchte Wiederanstellung unter Strafe gestellt. Alle diese Bestimmungen sollen die gleiche Anwendung auf die Rohrpostanlagen und die in denselben beschäftigten Personen finden. Außerdem ist statt des Begriffs der Verhinderung oder Störung der Benutzung dieser Anstalten derjenige der Gefährdung des betreffenden Betriebes eingeführt. Des Weiteren sollen die unrechtmäßigen Ansetzungen von Stempeln, Siegeln, Etiketten, Platten oder Formen, welche zur Anfertigung von Post- oder Telegraphenwertezeichen dienen können, mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft werden. Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark soll auch derjenige belegt werden, welcher wissentlich schon einmal verwendete Post- oder Telegraphenwertezeichen nach gänzlicher oder teilweiser Entfernung des Entwertungszeichens veräußert oder fehlält. Endlich soll die Nichtbeachtung der für die Verbindung oder Beförderung von leicht entzündlichen oder ätzenden Gegenständen ergangenen Verordnungen unter einer Geldstrafe bis zu 150 Mark oder eine Haftstrafe gestellt werden.

Das Programm des neuen französischen Ministeriums.

In der französischen Deputiertenkammer wurde gestern die Programm-Erklärung des neuen Cabinets durch den Premierminister Freycinet verlesen. Dieselbe besagt:

Das Cabinet sei tief durchdrungen von seiner Verantwortlichkeit und seinen Pflichten und werde sein Verhalten den Wünschen des Landes anpassen: „Wir werden, wie unsere Vorgänger, nicht nur die republikanischen Staatsinrichtungen, sondern das ganze republikanische Werk, das wir den früheren gesetzgebenden Faktoren verbinden, energisch zu vertheidigen wissen; wir werden gleich aufrichtig und warm an alle republikanischen Fraktionen der republikanischen Partei appellieren, werden die Kräfte derselben zu gleichem Ziele zu vereinigen suchen, werden niemanden von seiner Mitwirkung ausschließen und auf dem Boden der Republik alle empfangen, die mit gutem Willen kommen, um mit uns an der Fortführung der wirtschaftlichen und sozialen Reformen zu arbeiten. Wir werden so dahin gelangen, jene große, duldsame und friedliche Republik fest zu begründen, welche der endgültige Zustand und das ersehnte Ziel der Kämpfe ist, durch die unser Weg führt.“

Das Land hat seinen Willen kundgegeben, daß die Grundlagen seines Döllsystems erneuert werden; es erwartet den Ablauf der Handelsverträge im Jahre 1892, um neue Tarife aufzustellen, und wird nach gründlicher Prüfung einen wirkameren Schutz für die Landwirtschaft und die nationale Arbeit verlangen. Die Regierung schließt sich offen diesem Gedanken an; sie wird Maßregeln treffen, damit bis 1892 nichts der Freiheit des Parlaments, auch nicht gegenüber den befriedeten Nationen, beschränkt, deren Handelsbeziehungen zu Frankreich jüngst den Gegenstand der Beratungen des Senats bildeten. Wir befinden uns in einer Epoche sozial

zung kann sich dieser Pflicht entschlagen, eine republikanische muß sich mehr als jede andere von diesen durchdringen lassen. Wir werden baldmöglichst Gesetze vorschlagen, welche beweisen, die Unterstützung, die Fürsorge, den Geist der Gegenständigkeit, in einem Wort, alle Elemente fördernden Besserung des Loses der Arbeiter und der Sicherung ihrer alten Lage zu fördern.

Wir halten nicht für nothwendig, in ein detailliertes Programm einzugehen und die Entwürfe aufzuzählen, welche die Ereignisse zweitens zu bloßen Versprechen stempeln. Sie werden uns nach unseren Thaten beurtheilen. Wir streben darnach, eine Regierung in der wirklichen Bedeutung des Wortes zu sein. Die Regierung hat nicht bloß die Gesetze im Innern ausführen zu lassen und Frankreich nach Außen geachtet zu machen, ihre Thätigkeit muß sich in allen Ausgebungen des nationalen Lebens bewähren; überall muß der Bürger fühlen, daß der Gang der öffentlichen Angelegenheiten nicht dem Zufalle überlassen ist, sondern einer festen, unablässigen Lenkung gehorcht. Die parlamentarische Mehrheit muß wissen, daß sie ihre natürlichen Rathgeber vor sich hat, welche bereit sind, ihre Meinung über alle Fragen auszusprechen, und welche nicht fürchten, sich an die Spitze zu stellen, um Ordnung und Methode in ihre Arbeiten zu bringen. Wir können diese Regierung sein; von Ihnen hängt es ab, daß wir sie werden, indem Sie uns Ihr Vertrauen schenken; wir glauben dasselbe durch unseren guten Willen, unsere Erfülltheit und unseren Wunsch nach Fortschritt, sowie durch unsere Ergebenheit für Frankreich und die Republik zu verdienen.

Frenclinet erntete bei der Verlesung dieser Erklärung großen Beifall. Von Zustimmung waren namentlich diejenigen Stellen begleitet, welche von der für jedermann offenen, toleranten Republik reden. Auf Lachrons Bitte, die Regierung interpellieren zu dürfen, erwiderte Frenclinet, er nehme die sofortige Discussion an. Hierauf erbat sich Lachron Auskunft über in der Erklärung nicht besonders namhaft gemachte Fragen, wie Schul- und Militär-Gesetze. Frenclinet antwortete, diese Gesetze würden im Geiste der Gerechtigkeit und Freiheit zur Ausführung gebracht werden. Léon Say führte aus, die Regierung sollte bedenken, daß gewisse Gesetze, namentlich die Schulgesetze, nicht ohne eine gewisse Reibung würden zur Anwendung gelangen können; er, der Redner, und seine Freunde seien bereit, das Ministerium zu unterstützen, wenn es eine offene, liberale und tolerante Politik verfolge. Beifall im Centrum folgte diesen Ausführungen. Droulède erbat sich Auskunft über die Absichten der Regierung hinsichtlich der Presse. Frenclinet erwiderte, die Behörden würden die Gesetze ohne jedes Feindseligkeit zur Anwendung bringen, aber die Interessen der Republik energisch verteidigen. Gegenüber verschiedenen vorgeschlagenen Tagesordnungen erklärte der Ministerpräsident, er lehne die einfachen Tagesordnungen ab. Ein solcher Antrag wurde denn auch mit 322 gegen 134 St. verworfen. Delafosse (Republikaner) teilte namens seiner politischen Freunde mit, sie würden sich der Abstimmung enthalten und erst abwarten, was die Regierung thun werde. Léon Say erklärte sodann, indem er einem Bertrauensvotum zustimme, stimme er für ein Cabinet der Mächtigung. Hierauf wurde das Bertrauensvotum mit 318 gegen 78 St. angenommen. Die Kammer lehnte nunmehr noch auf einen Bericht des Deputirten Arène die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Deputirten Cluseret ab; dann wurde die Sitzung geschlossen.

Im Senat verlorz. Aufführungssatzes die Erklärung der Regierung, welche mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde.

Der große Streik der englischen Kohlenbergleute

umfaßt nach englischen Schätzungen nicht weniger als 350 000 Mann, und die unmittelbar betroffenen Gruben von Yorkshire, Lancashire, Leicestershire, Cheshire repräsentieren, wenn North-Wales, Derbyshire und Nottinghamshire, wo der Ausland in jüngster ebenfalls allgemein geworden sein dürfte, hinzu gerechnet werden, etwa die Hälfte der gesamten Kohlenförderung des vereinigten Königreichs. Süd Wales, Durham und Northumberland stehen zur Zeit noch außerhalb der Bewegung; in Somerset und Gloucestershire hat eine Einigung stattgefunden. Ob die Arbeiter den Sieg davontragen werden, läßt sich heute noch nicht übersehen. Die "Times" hält entschieden dafür, daß die strikten Bergleute im Unrecht sind, indem sie aussöhnen:

"Sie erhalten jetzt 30 Prozent höhere Löhne, als vor 2 Jahren, und die Bergwerksbesitzer erklären, daß die Löhne schon jetzt für den Stand des Geschäfts zu hoch sind. Wollen die Leute noch mehr verdienen und noch kürzere Zeit arbeiten, so wird der Verbrauch beschränkt und die von den Kohlen abhängigen Industrien werden leiden. Die Arbeiter denken, daß, wenn jeder von ihnen möglichst wenig arbeitet und die Produktion eingeschränkt wird, die arbeitenden Massen den Vortheil davon haben werden. Für den einzelnen Arbeiter allein hat dieses Argument etwas für sich, ganz anders, aber steht die Sache, wenn alle seine Kollegen dasselbe thun."

Der conservative "Standard" beklagt, daß einige Bergwerksbesitzer nachgegeben und "das gemeinsame Interesse der Arbeitgeber verlassen haben". Die Bergwerksbesitzer, welche die Forderungen der Bergleute bewilligt, gehören, wie uns aus London berichtet wird, meistens den Kohlenbezirken um Bolton in Lancashire an. Auch die Gruben um Wigan werden wahrscheinlich die verlangte 10-prozentige Lohnaufzehrung erhalten. In Yorkshire haben 10 000 Arbeiter ihre Forderungen erreicht, während in Derbyshire nur drei und in Nottinghamshire nur eine Sechzehntel nachgegeben haben. Die Zahl der Feiernden wird in den nächsten Tagen noch bedeutend zunehmen, da die Contracie in vielen Bergwerken erst am Mittwoch und Donnerstag erlöschen. Der Ausstand wirkt schon jetzt seine düsteren Schatten. Die London u. North Western Eisenbahngesellschaft hat den Angestellten ihrer großen Maschinenwerkstätten in Crewe mitgetheilt, daß sie genehmigt sei, viele Arbeiter zu entlassen, falls der Streik längere Zeit anhalte. In Nordost-Lancashire werden wahrscheinlich viele Baumwollfabriken peremptorisch geschlossen werden. Die Londoner Kohlevorräthe reichen für eine Woche. London aber kann seinen Bedarf, wie kürzlich schon bemerkt, leichter decken als das Binneland. Während des großen Kohlenarbeiterausstandes vor etwa 30 Jahren wurden alle in London verbrauchten Kohlen zur See nach der Hauptstadt geschafft. An den nördlichen Schiffen ist kein Mangel.

Über den gegenwärtigen Stand der Dinge ging uns heute folgendes Telegramm zu:

Leeds, 19. März. (W. T.) Der Kohlemangel verursacht hier schwere Störungen der Geschäfte. In Yorkshire und Lancashire herrschen öfters

Zustände. In Burnley sind 6000 Arbeiter beschäftigunglos. Mehrere Fabrikbesitzer bewilligten die Forderungen ihrer Arbeiter.

In Liverpool hat sich die Lage bezüglich des Doctorarbeiterstreites etwas gebessert; aus anderen Landesheilen sind 12 000 Arbeiter eingetroffen, um die Streikenden zu erscheinen. Diese Arbeiter sind bereits in den Docks. Die Streikenden hielten gestern in Liverpool und Birkenhead Versammlungen ab und beschlossen, weiter zu streiken. Mac Hugh führte dabei aus, die Arbeiter brauchten noch nicht Hungers zu sterben, vorher könnten aber Verzweiflungsakte vorkommen. Das Unterhausmitglied Graham klagte die Arbeitgeber und Kapitalisten an und rieb den Arbeitern, sich nicht mit den Verhältnissen zufrieden zu geben.

England und die internationale Arbeiterschutz-Conferenz.

Wie man der "Pol. Corr." aus London berichtet, glaubt man daselbst nicht, daß die Berliner Arbeiterschutz-Conferenz sehr große praktische Resultate erzielen wird, wenigstens nicht für England, wo die Sonnagsarbeit bereits verboten, die Arbeit der Frauen und Kinder aber beschränkt ist. Indem England die Einladung Deutschlands angenommen hat, glaubte es nur einen Akt der Courtoisie zu begehen, und die Instructionen, welche den englischen Vertretern auf der Conferenz ertheilt wurden, gestatten ihnen nicht, in die Gröterertheit heikler Fragen, wie es beispielweise die Beschränkung der Arbeitszeit im allgemeinen auf acht Stunden täglich ist, einzugehen.

Der Jarenbrief der Frau Tschebrikowa.

Der vielbesprochene Brief der Frau Maria Tschebrikowa an den Jaren besteht, wie sich jetzt herausgestellt, als solcher nicht, oder wenigstens ist er nicht in die Hände des Jaren selbst gelangt. Die russische Botschaft in Paris erklärt, Frau Tschebrikowa habe dem Jaren keinen Brief geschrieben, sie habe vielmehr unter der Aufschrift „Offener Brief an den Jaren“ in der Schweiz eine „nihilistische Broschüre“ drucken und an die europäische Presse vertheilen lassen. Es muß hierbei daran erinnert werden, daß die russische Regierung mit der Bezeichnung „Nihilist“ alle diejenigen zu bezeichnen geneigt ist, welche deren Maßnahmen auf dem Gebiete der inneren Politik nicht billigen. Solche Leute brauchen darum noch lange nicht Umstürzer in dem Sinne zu sein, in welchem wir das Wort „Nihilist“ zu brauchen pflegen. Frau Tschebrikowa ist eine durchaus ernst zu nehmende Schriftstellerin von rechtlichem Streben und seit langer Zeit Mitarbeiterin der „Nowoje Wremja“, die niemand für nihilistisch ansehen wird.

Während nun einerseits die russische Botschaft in Paris erklärt, die Tschebrikowa sei garnicht in Haft, sondern befindet sich wohlbehalten in Paris, wird dem „B. Tgl.“ aus Petersburg telegraphisch gemeldet:

Wie verlautet, sind die Behörden gegenüber der armenen Maria Tschebrikowa, der Verfasserin des offenen Briefes an den Jaren, in arge Verlegenheit gerathen. Sie erkannten schließlich als besten Ausweg, sie auf ihre Durchsetzungsfähigkeit ärztlich zu beobachten zu lassen. Es heißt nun, die Ärzte erklärten die Tschebrikowa für „geistig gesättigt“, jedoch mit dem Hinzuflügen, ihr „Leiden“ äußere sich in einer für Ihre Mitmenschen ungesehählichen Weise.

Demgegenüber die Tschebrikowa, falls diese Nachricht im Gegenzug zu der russischen Aufführung aus Paris sich bestätigt, für ihre Broschüre ganz freilos ausgehen, auch nicht ins Irrenhaus gestellt werden, doch glaubt man, die Behörden würden ihr einen bestimmten Aufenthaltsort außerhalb der Residenz anweisen.

Abgeordnetenhaus.

31. Sitzung vom 18. März.

Stat der geistlichen Unterrichts- und Medicinal-Augelegenhkeiten. Die Einnahmen werden ohne Debatte bewilligt. Beim ersten Titel der Ausgaben, Ministerial-bericht, bemerkte

Abg. Ritter: Auf dem Gebiete der Schulverwaltung befinden wir uns leider seit langem in einem Stillstand. Freunde der Schule behaupten sogar, daß es nicht mehr Stillstand, sondern Rücktritt sei. Nach dem, was der hr. Minister vor Jahren dem Hause mitgetheilt hat, haben wir erwartet, daß wenigstens der Anfang gemacht würde, um das Ressort aus dem Gebiet bürgerlicher Willkür endlich in geregelte, gesetzliche Bahnen zu bringen. Auf diesem wichtigen Gebiete herrscht eine völlige Geschlossenheit, es liegt alles in den Händen des Ministers und der Bureaucratie. Ich habe den Minister wiederholt gebeten, wenn es ihm nicht möglich ist, das in der Verfassung vertheilte Unterrichtsgesetz im ganzen vorzulegen, wenigstens einzelne Materien daraus in Angriff zu nehmen. Bisher sind aber nur in ganz mechanischer Weise verschiedene Millonen nicht einmal für die Schule direct verwandt, sondern den Gemeinden zur Erleichterung der Schulosten überwiesen worden. Das früher entworfene Unterrichtsgesetz ist in die Verdeckung verschwunden und erscheint nicht wieder. Ist es denn nicht möglich, wenigstens einige Materien, wie die Dotationsfrage und die gesetzliche Regelung der Alterszulagen, mit uns zu vereinbaren? Neben dieser mangelhaften Volksschule geht einher die Behandlung der Lehrer, die sie, wenn das so weiter geht, eines Theiles ihrer staatsbürglichen Rechte verlustig macht. In einer Instruktion der Magdeburger Regierung aus d. J. 1886 heißt es, daß eine Entziehung der Lehrer auf disziplinarischem Wege erfolgen könnte, u. a. wegen grober Pflicht-Verleumdungen, wegen Verlehung der Amtsverschwiegenheit und — wegen feindseliger Parteinahe gegen die Staatsregierung. Ich frage: hat der Minister Kenntnis von dieser Instruktion? hat er die Veranlassung dazu gegeben? — und wenn das der Fall ist: was bedeutet feindselige Parteinahe gegen die Staatsregierung? In bürgerlichen Kreisen versteht man unter feindseliger Parteinahe gegen die Regierung einsaß den Fall, wenn ein Lehrer seine Stimme für einen der Regierung nicht genehmigen Kandidaten abgibt. Goll denn dem Lehrer ein Recht vorerhalten werden, welches allen Staatsbürgern ohne Ausnahme zusteht? Ein anderes, ebenso charakteristisches Symptom ist eine Verfolgung der Regierung zu Cöslin an die Kreisschulinspektoren, in welcher den Clementarlehrern, die die weitere Prüfung noch nicht bestanden haben oder noch nicht endgültig angefertigt sind, befohlen wird, zur Geschlechtung die Genehmigung der Regierung nachzuluchen, und angefordert wird, daß für den Fall, daß sie ohne Genehmigung in den Stand der Ehe treten, die Entlastung aus dem Schulamt in Erwägung gezogen werden soll. Diese Verfolgung übersteigt jede mögliche Grenze. Eine derartige bürgerliche Ueberschreitung ist uns noch nicht vorgekommen. Geschlechtung ist doch ein Gebiet, welches nur die einzelne Person angeht. Außerdem sind die Landeslehrer vielfach gezwungen, sich zu vertheidigen, weil sie in den Orten ohne Angehörige garnicht leben und sich nicht in den vollen Besitz ihres übrigen Einkommens setzen können. Ich frage: hält die Regierung sich für befugt, derartig in die Rechtsphäre der Lehrer einzutreten? Und weiter,

will der Cultusminister Veranlassung nehmen, eine derartige Verfolgung aufzuheben? Ich beschränke mich vorläufig auf diese beiden Fälle. Ich glaube, alle Parteien haben ein Interesse daran, die Stellung kennen zu lernen, wie die Staatsregierung den Fällen gegenüber einnimmt.

Cultusminister v. Gossler: Was die letztere Frage anbetrifft, so habe ich bereits die Regierung in Cöslin angewiesen, die Verfolgung aufzuheben. (Beifall links.) Es geht nicht, einen Lehrer zu zwingen, von der Scheidung Abstand zu nehmen. Betreffs der Lehrer, welche sich in sogen. unverheiratheten Lehrerstellen befinden, ist es allerdings der Wunsch der Regierung, daß sie eine Ehe noch nicht schließen. Und dieser Gedanke hatte wohl die Regierung in Cöslin gefestigt. Was die andere Instruktion anlangt, so hat dieselbe nichts anderes anordnen wollen, als daß — gemäß dem königlichen Erlass von 1882 — die Lehrer nicht gegen die Regierung agitieren. Etwas anderes hat die neuere Instruktion, wenn sie auch andere Worte gebraucht, nicht gewollt. Im übrigen sei von dieser Instruktion auch nicht in einem Falle Gebrauch gemacht worden.

Abg. Graf Ranitz (cons.): Meine neuliche Aufführung über die Gehaltsaufzehrung der Beamten ist mißverstanden worden. Ich habe nur auf den Widerspruch der Freisinnigen hingewiesen, die einerseits die Höhe befehlten, andererseits die Gehälter erhöhen wollten.

Abg. Windthorst: Ich hatte die Absicht, über die gesamte kirchenpolitische Lage mich heute des weiteren zu äußern. Dies würde eine ausgiebige Discussion über diesen Gegenstand zur Folge gehabt haben. Angesichts der Ungewissheit der Lage, in der wir uns befinden, verzichte ich aber heute darauf, diese Erörterung herbeizuführen, und behalte sie mir vor für einen anderen Titel oder zur dritten Berathung.

Abg. v. Seditz (freicon.): Die Arbeiterbewegung zu bekämpfen, sind auch geistige Mittel nothwendig; beide Kirchen müssen mit dem Staat zusammen die Umsturzbemühungen, bekämpfen. Daher müssen beide Kirchen Frieden halten und der Staat muss der katholischen Kirche die Spiegelgelten zurückgeben, der evangelischen Kirche Ersatz für die Stolzgebühren gewähren. Was das Schulwesen betrifft, so sind die Universitäten in einem ersten Schritte zu schließen. Gegen die Universität ist nichts gelehrt werden darf, die Kirche ein Selbstmörder gewesen ist! Der Abg. v. Seditz schloß seine Rede mit dem Ruf: Vorwärts! Das bloße Vorwärts genügt nicht. Gehen wir vorwärts, aber bestimmen wir uns auch rückwärts auf die Grundlagen eines gesunden Volkslebens! (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich erinnere Sie nur an die ungünstig erscheinende Schrift Majunkes. Was liegt daran, die verrückte Lüge zu erneuern, daß Luther ein Selbstmörder gewesen ist? Der Abg. v. Seditz schloß seine Rede mit dem Ruf: Vorwärts! Das bloße Vorwärts genügt nicht. Gehen wir vorwärts, aber bestimmen wir uns auch rückwärts auf die Grundlagen eines gesunden Volkslebens! (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich erinnere Sie nur an die ungünstig erscheinende Schrift Majunkes. Was liegt daran, die verrückte Lüge zu erneuern, daß Luther ein Selbstmörder gewesen ist? Der Abg. v. Seditz schloß seine Rede mit dem Ruf: Vorwärts! Das bloße Vorwärts genügt nicht. Gehen wir vorwärts, aber bestimmen wir uns auch rückwärts auf die Grundlagen eines gesunden Volkslebens! (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich erinnere Sie nur an die ungünstig erscheinende Schrift Majunkes. Was liegt daran, die verrückte Lüge zu erneuern, daß Luther ein Selbstmörder gewesen ist? Der Abg. v. Seditz schloß seine Rede mit dem Ruf: Vorwärts! Das bloße Vorwärts genügt nicht. Gehen wir vorwärts, aber bestimmen wir uns auch rückwärts auf die Grundlagen eines gesunden Volkslebens! (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich erinnere Sie nur an die ungünstig erscheinende Schrift Majunkes. Was liegt daran, die verrückte Lüge zu erneuern, daß Luther ein Selbstmörder gewesen ist? Der Abg. v. Seditz schloß seine Rede mit dem Ruf: Vorwärts! Das bloße Vorwärts genügt nicht. Gehen wir vorwärts, aber bestimmen wir uns auch rückwärts auf die Grundlagen eines gesunden Volkslebens! (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich erinnere Sie nur an die ungünstig erscheinende Schrift Majunkes. Was liegt daran, die verrückte Lüge zu erneuern, daß Luther ein Selbstmörder gewesen ist? Der Abg. v. Seditz schloß seine Rede mit dem Ruf: Vorwärts! Das bloße Vorwärts genügt nicht. Gehen wir vorwärts, aber bestimmen wir uns auch rückwärts auf die Grundlagen eines gesunden Volkslebens! (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich erinnere Sie nur an die ungünstig erscheinende Schrift Majunkes. Was liegt daran, die verrückte Lüge zu erneuern, daß Luther ein Selbstmörder gewesen ist? Der Abg. v. Seditz schloß seine Rede mit dem Ruf: Vorwärts! Das bloße Vorwärts genügt nicht. Gehen wir vorwärts, aber bestimmen wir uns auch rückwärts auf die Grundlagen eines gesunden Volkslebens! (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich erinnere Sie nur an die ungünstig erscheinende Schrift Majunkes. Was liegt daran, die verrückte Lüge zu erneuern, daß Luther ein Selbstmörder gewesen ist? Der Abg. v. Seditz schloß seine Rede mit dem Ruf: Vorwärts! Das bloße Vorwärts genügt nicht. Gehen wir vorwärts, aber bestimmen wir uns auch rückwärts auf die Grundlagen eines gesunden Volkslebens! (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich erinnere Sie nur an die ungünstig erscheinende Schrift Majunkes. Was liegt daran, die verrückte Lüge zu erneuern, daß Luther ein Selbstmörder gewesen ist? Der Abg. v. Seditz schloß seine Rede mit dem Ruf: Vorwärts! Das bloße Vorwärts genügt nicht. Gehen wir vorwärts, aber bestimmen wir uns auch rückwärts auf die Grundlagen eines gesunden Volkslebens! (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich erinnere Sie nur an die ungünstig erscheinende Schrift Majunkes. Was liegt daran, die verrückte Lüge zu erneuern, daß Luther ein Selbstmörder gewesen ist? Der Abg. v. Seditz schloß seine Rede mit dem Ruf: Vorwärts! Das bloße Vorwärts genügt nicht. Gehen wir vorwärts, aber bestimmen wir uns auch rückwärts auf die Grundlagen eines gesunden Volkslebens! (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich erinnere Sie nur an die ungünstig erscheinende Schrift Majunkes. Was liegt daran, die verrückte Lüge zu erneuern, daß Luther ein Selbstmörder gewesen ist? Der Abg. v. Seditz schloß seine Rede mit dem Ruf: Vorwärts! Das bloße Vorwärts genügt nicht. Gehen wir vorwärts, aber bestimmen wir uns auch rückwärts auf die Grundlagen eines gesunden Volkslebens! (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich erinnere Sie nur an die ungünstig erscheinende Schrift Majunkes. Was liegt daran, die verrückte Lüge zu erneuern, daß Luther ein Selbstmörder gewesen ist? Der Abg. v. Seditz schloß seine Rede mit dem Ruf: Vorwärts! Das bloße Vorwärts genügt nicht. Gehen wir vorwärts, aber bestimmen wir uns auch rückwärts auf die Grundlagen eines gesunden Volkslebens! (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich erinnere Sie nur an die ungünstig erscheinende Schrift Majunkes. Was liegt daran, die verrückte Lüge zu erneuern, daß Luther ein Selbstmörder gewesen ist? Der Abg. v. Seditz schloß seine Rede mit dem Ruf: Vorwärts! Das bloße Vorwärts genügt nicht. Gehen wir vorwärts, aber bestimmen wir uns auch rückwärts auf die Grundlagen eines gesunden Volkslebens! (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich erinnere Sie nur an die ungünstig erscheinende Schrift Majunkes. Was liegt daran, die verrückte Lüge zu erneuern, daß Luther ein Selbstmörder gewesen ist? Der Abg. v. Seditz schloß seine Rede mit dem Ruf: Vorwärts! Das bloße Vorwärts genügt nicht. Gehen wir vorwärts, aber bestimmen wir uns auch rückwärts auf die Grundlagen eines gesunden Volkslebens! (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich erinnere Sie nur an die ungünstig erscheinende Schrift Majunkes. Was liegt daran, die verrückte Lüge zu erneuern, daß Luther ein Selbstmörder gewesen ist? Der Abg. v. Seditz schloß seine Rede mit dem Ruf: Vorwärts! Das bloße Vorwärts genügt nicht. Gehen wir vorwärts, aber bestimmen wir uns auch rückwärts auf die Grundlagen eines gesunden Volkslebens! (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich erinnere Sie nur an die ungünstig erscheinende Schrift Majunkes. Was liegt daran, die verrückte Lüge zu erneuern, daß Luther ein Selbstmörder gewesen ist? Der Abg. v. Seditz schloß seine Rede mit dem Ruf: Vorwärts! Das bloße Vorwärts genügt nicht. Gehen wir vorwärts, aber bestimmen wir uns auch rückwärts auf die Grundlagen eines gesunden Volkslebens! (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich erinnere Sie nur an die ungünstig erscheinende Schrift Majunkes. Was liegt daran, die verrückte Lüge zu erneuern, daß Luther ein Selbstmörder gewesen ist? Der Abg. v. Seditz schloß seine Rede mit dem Ruf: Vorwärts! Das bloße Vorwärts genügt nicht. Gehen wir vorwärts, aber bestimmen wir uns auch rückwärts auf die Grundlagen eines gesunden Volkslebens! (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich erinnere Sie nur an die ungünstig erscheinende Schrift Majunkes. Was liegt daran, die verrückte Lüge zu erneuern, daß Luther ein Selbstmörder gewesen ist? Der Abg. v. Seditz schloß seine Rede mit dem Ruf: Vorwärts! Das bloße Vorwärts genügt nicht. Gehen wir vorwärts, aber bestimmen wir uns auch rückwärts auf die Grundlagen eines gesunden Volkslebens! (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich erinnere Sie nur an die ungünstig erscheinende Schrift Majunkes. Was liegt daran, die verrückte Lüge zu erneuern, daß Luther ein Selbstmörder gewesen ist? Der Abg. v. Seditz schloß seine Rede mit dem Ruf: Vorwärts! Das bloße Vorwärts genügt nicht. Gehen wir vorwärts, aber bestimmen wir uns auch rückwärts auf die Grundlagen eines gesunden Volkslebens! (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich erinnere Sie nur an die ungünstig erscheinende Schrift Majunkes. Was liegt daran, die verrückte Lüge zu erneuern, daß Luther ein Selbstmörder gewesen ist? Der Abg. v. Seditz schloß seine Rede mit dem Ruf: Vorwärts! Das bloße Vorwärts genügt nicht. Gehen wir vorwärts, aber bestimmen wir uns auch rückwärts auf die Grundlagen eines gesunden Volkslebens! (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich erinnere Sie nur an die ungünstig erscheinende Schrift Majunkes. Was liegt daran, die verrückte Lüge zu erneuern, daß Luther ein

Deutschland.

* Berlin, 18. März. Nach einer Notiz des „Hannoverschen Courier“ soll der Kaiser beabsichtigen, am 14. April nach Wilhelmshöfen zu fahren. Der Tag ist aber noch nicht bestimmt, da der Kaiser beabsichtigt, der zurückkehrenden Mittelmeerstotte entgegenzufahren. Der Reiseleiter hängt also von der Ankunft der Flotte ab, die keinesfalls vor dem 20. April zu erwarten steht.

* [Die Consenss der commandirenden Generale.] Die in der „Post“ erwähnte Verfassung der commandirenden Generale steht, wie wir hören, mit der Erteilung von Instruktionen über das Verhalten bei Ausständen in Zusammenhang.

[Avancement.] In militärischen Kreisen wird unmittelbar nach dem bevorstehenden Ordensfest eine weitgehende Bewegung in der Besetzung der höheren Offiziersstellen erwartet.

* [Polizeischwärze] wurden drei öffentliche Arbeitertreffen-Veranstaltungen (zwei allgemeine und eine Mäntelträgerinnen-Veranstaltung), in denen Frau Ihrer aus Döbeln sprechen sollte. Als Tagesordnungen waren geplant: „Erste Hilfe bei Unglücksfällen“, „Die Stellung der Frau in der Vergangenheit und in der Gegenwart“ und „Gesundheitsförderliche Gewerbe“.

* [Zölle und Verbrauchssteuer.] Nach der vorläufigen Feststellung der Zölle und Verbrauchssteuer, welche die zum Zollabgabe des deutschen Reichs gehörigen Staaten für die ersten drei Vierteljahre des gegenwärtigen Einstahrs abzuführen haben, betrugen während dieser Zeitraume die Einnahmen, an welchen sämtliche Bundesstaaten teilnehmen, 402 970 774 Mk. Davon kamen auf die Zölle 244 969 188 Mk., auf die Tabaksteuer 8 248 272 Mk., auf die Zuckersteuer 10 195 423 Mk., Materialsteuer und 31 618 044 Mk. an Verbrauchsabgabe, auf die Salzsteuer 28 307 588 Mk., auf die Brannweinsteuer 11 975 707 Mk., an Maischbottich- und Brannweinmaterialsteuer, 67 653 329 Mk. an Verbrauchsabgabe und Duschlag zu derselben. Die Brauerei und die Übergangsabgabe von Bier, woran Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen keinen Theil haben, ergaben einen Ertrag von 17 758 251 Mark. An Zöllen und Verbrauchssteuern sind demnach in dem Zeitraume 420 731 949 Mk. aufzukommen. Die Zölle und die Tabaksteuer mit Einschluss der Herauszahlungen von Luxemburg und der Aversa der Zollauschüsse brachten zusammen 253 273 851 Mk. ein. Davon ist der die Summe von 97 500 000 Mk. übersteigende Betrag mit 155 773 851 Mk. nach Abgabe des Gefechts vom 15. Juli 1879 den Bundesstaaten zu überweisen. — Die vorläufige Feststellung der Einnahmen an Spielkartensteuer ergab für die Reichskasse nach Abzug der Verwaltungskosten 841 894 Mark. An Reichstempelabgaben für Wertpapiere, Rausgeschäfte u. s. w. und Lotterieloosse gingen zusammen 23 310 510 Mk. ein. Davon fallen auf Steuer für Wertpapiere 7 514 065 Mk., für Rauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte 10 673 203 Mk. für Lotterieloosse von Staatslotterien 4 773 542 Mk. von Privatlotterien 349 700 Mk.

Bremen, 18. März. Die Commission der Riemenindustrie-Besitzer veröffentlicht in der „Westdeutschen Zeitung“ eine Erklärung, welche besagt, dass bei fortwährendem Ausstande der noch nicht wieder zur Arbeit zurückgekehrten Gesellen am 21. März. eine allgemeine Betriebssperre verhängt werden würde. Die Strikturen werden aufgesordnet, die Arbeit aufzunehmen, da sonst 1800 ruhige Arbeiter brodlos würden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. März. Das Abgeordnetenhaus verhandelt heute über Petitionen. Zahlreiche Petitionen um Aufrechterhaltung der Grenzverträge gegen Russland und um Erleichterung des Grenzverkehrs mit Deutschland wurden der Regierung zur eingehendsten Würdigung empfohlen, mit dem Erfuchen, dieselben bei künftigen zoll- und handelspolitischen Vereinbarungen, insbesondere im Jahre 1892, geltend zu machen. (W. L.)

England.

London, 18. März. [Unterhaus.] Der erste Lord des Schatzes Smith erklärte, die Einwohner von Swaziland drängen auf Aufrechterhaltung ihrer Unabhängigkeit; viele Europäer protestierten gegen eine Unterordnung Swazilands unter Transvaal, jedoch bestanden darauf bezüglich unter den Europäern große Meinungsverschiedenheiten. Die Errichtung des britischen Protectorate in Swaziland würde ohne die Zustimmung Transvaals eine Verletzung der Convention von 1887 sein. (W. L.)

Ausland.

Petersburg, 18. März. Dem „Journal de St. Petersburg“ folge begibt sich der deutsche Botchafter v. Schwedt zur Theilnahme am Odeonsfeste morgen nach Berlin und wird sich einige Tage dafelbst aufzuhalten. (W. L.)

Am 20. März.: Danzig, 19. März. Neumond. Wetteraussichten für Donnerstag, 20. März, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Veränderlich, windig, etwas kälter. An den Küsten Nebel, im Binnenlande Niederschläge.

Für Freitag, 21. März:

Veränderlich; Temperatur abnehmend. Nebel an den Küsten. Im Süden Niederschläge. Später auffrischende Winde.

Für Sonnabend, 22. März:

Bedeut, trüb, vielfach neblig; Niederschläge. Raum veränderte Wärmelage; heftige Winde in den Rüstengebieten.

* [60jähriges Amtsjubiläum.] Ein sehr seltenes Jubiläum begeht heute der in West- und Ostpreußen allgemein bekannte und hochgeehrte Landgerichts-Präsident Wehlki zu Grauden, nämlich das einer 60jährigen aktiven Dienstzeit im preußischen Justizdienste. Am 16. Mai 1808 geboren, steht der Jubilar nahe an der Schwelle des 83. Lebensjahres und versieht noch heute wie seit Jahrzehnten mit der Frische, Rüstigkeit und Lebendigkeit eines Jünglings sein Amt als Richter und Präsident. Den Ovalen, welche Herr Wehlki zu diesem seltenen Ehrentage gewiss in reicher Zahl zugesetzt waren, hat derselbe sich durch eine mehrjährige Reise entzogen. Seine ehemalige Heimatstadt Grauden hat es sich aber nicht nehmen lassen, sein greises Haupt mit dem schönsten Kränze bürgerlicher Ehren zu schmücken, den dankbare Bürgervolk zu vergeben haben; sie hat ihn zu ihrem Ehrenbürger ernannt. Der preußische Sängerbund, an dessen Spitze Herr Wehlki als ehrwürdiger Senior mehrere Decennien gestanden und höchst verdienstvoll gewirkt hat, sodann der Kreis Marienwerder, dessen Kreisgericht er bis zu der neuen Justizorganisation im Jahre 1879 leitete und der während mehrerer Legislaturperioden als Abgeordneter im preußischen Landtag vertrat, werden des Jubilars heute ebenfalls mit herzlicher Sympathie und Dankbarkeit gedenken. —

Über den Lebensgang des Jubilars sei für heute Folgendes bemerkt:

Herr Wehlki ist geborener Preußener. Seine Wiege stand in Wartenburg in Ostpreußen und dort erhielt er auf den höheren Lehranstalten zu Köslin, Braunsberg und Königsberg seine Jugendbildung. Dann ist er am 18. März 1830 als Auszubildant bei dem Obergerichte in Königsberg eingetreten, 1832 Referendar, 1836 Oberlandgerichts-Assessor, als solcher 1837 Richter in Allenstein, 1839 zweiter Assessor in Löben geworden, in denselben Jahren aber noch nach Westpreußen verlegt, wo er zunächst Land- und Stadtrichter in Strasburg und 1842 in Christburg wurde. Dann zum Gerichtsdirektor ernannt, ging er 1845 nach Dirschau, 1849 nach Schwedt, 1852 nach Marienwerder, und hier verwaltete er zugleich die wichtige Stelle als Dirigent der vormaligen Heimaths-Deputation, des späteren Bezirks-Verwaltungsgerichts. Die Ernennung zum Landgerichts-Präsidenten in Grauden erfolgte im Mai 1879.

Von Seiten des Kaisers erfolgte zu dem heutigen Jubiläum die Ernennung zum Geheimen Ober-Justizrat.

* [Von der Weichsel.] Aus Warschau wird heute ein Wasserstand von 2.72 Mtr. und weiteres Fällen desselben gemeldet. Wie gestern bei Rum, so ist heute auch bei Marienwerder (laut Telegramm von dort) die Schiffsähre für die Tages- und Nachzeit wieder in Betrieb gesetzt worden. Aus Zeher wird gemeldet, dass auch der größte Theil der unteren Nogat schon eisfrei ist. Einzelne Ausfälle sind zwar noch mit Eis verstopt, doch haben Wasser und Eis anderwärts genügenden Abfluss. Der gesammte Eisgang darf sonach als beendigt angesehen werden.

* [Personalien beim Militär.] Der Zug-Premierleutnant Becker in Danzig ist zum Zughauptmann und der Artillerie-Hauptmann Scheele, kommandiert zur 2. Division in Danzig, zum Major befördert und unter Belassung in seinem bisherigen Commando in den Generalstab der Armee versetzt. Die Kasernen-Inspectoren Plasche in Stade und Hamann in Berlin sind nach Grauden resp. Osterode versetzt worden.

* [Freiwilligen-Prüfung.] In der gestern Abend beendeten Prüfung haben von den 11 Examinierten nur die Herren C. Kunze und Victor Köppel sich die Berechtigung zum einfährig-freiwilligen Dienst erworben. Es haben demnach von 22 Prüflingen nur 2 das Examen bestanden.

* [Die lebenden Bilder aus Afrika.] Hatten auch am gestrigen zweiten Abend ein jemals zahlreiches Publikum im Schützenhaussaal versammelt, das mit lebhafter Theilnahme der Vorführung der einzelnen Bildwerke folgte. In dem ersten Theil waren Bilder nach vorhandenen Gemälden gestellt, wie die „Auferstehung Moiss“ nach Köhler, die „Flucht nach Ägypten“ nach Anan, der „Schlavenmarkt“ nach Jerome und „die Märtherin“ nach Gabriel Mag., von denen namentlich das letzte erfreulich wirkte. Der zweite Theil brachte Bilder, welche das jüngste Eingreifen Deutschlands in die Geschichte Afrikas zum Theil allegorisch darstellen sollten; das eine nach dem Entwurf des Herrn Lindemann-Trommel. Während die Bilder gezeigt wurden, spielte die Kapelle des westpr. Feld-Artillerie-Regiments Nr. 16 unter Leitung des Herrn Strüger Weisen, welche den Stoffen der einzelnen Bilder möglichst entsprachen. In den Pausen sangen Fr. A. Brandstätter Lieder von Schubert, Schumann und Löwe, Herr Düsing zwei Lieder von Schubert und endlich Fr. A. Brandstätter, Fr. Düsing und Herr Fitzau ein Terzett aus der „Schöpfung“ von Haydn.

* [Ausstellung.] Die Porträtmalerin Fräulein Anna v. Parpart hier selbst beabsichtigt, während der drei Osterfeiertage vom 6. bis inkl. 8. April c. im Festsaale des Stadtmuseums eine Ausstellung von Arbeiten ihrer Schülerinnen zum Besten des Vereins „Frauenwohl“ zu veranstalten.

* [Dekanissenhaus.] Am 17. März feierte das hiesige Dekanissenhaus sein Jahresfest durch einen Festgottesdienst. Die seßlich geschmückte Kirche des Hauses war ziemlich stark gefüllt. Außer der großen Menge von Schwestern waren verschiedene Mitglieder des Vorstandes, so Frau Oberpräsident von Leipzig, Herr Präsident Grundsätzlich, Herr Consistorialrat Hevelke u. a. anwesend. Herr Consistorialrat Frank hielt die Predigt über das Gleichniß Christi vom Samenkorn. Dann gab der Hausgeistliche Fr. Pastor Holte einen Bericht über die Thätigkeit des Hauses im vergangenen Jahr 1889, welchem wir Folgendes entnehmen: Das Haus hat 1000 Kranken in 31 669 Pflegetagen gehobert, für 6756 Tage ist gar keine Bezahlung, für 2650 Tage nur in befranktem Maße erhoben. Von den Hauschwester ist nebenbei noch an 287 Tagen und 291 Nächten Privatpflege geleistet. Auf 19 Außenstationen ist diese Privatpflege an 1167 Tagen und Nächten geleistet worden. In der Gemeindepflege ist auf 45 Stationen von den Schwestern gearbeitet, und sind 74 974 Besuchte bei Armen und Kranken gemacht und 709 Nachwachen geleistet worden. Die Danziger Diakonissen verfahren 13 auswärtige gröbere und kleinere Krankenhäuser, unter denen die Irrenanstalt in Großhennersdorf hervorgehoben wurde, und verpflegten dort 4706 Kranken an 152 313 Pflegetagen. 5 Waisenhäuser mit 128 Kindern, 3 Siechenhäuser mit rund 50 Insassen wurden von den Schwestern geleitet; daneben bestanden noch 20 Kleinkinderhäuser mit 1116 Kindern, 9 Nähshäusern mit 296, 9 Jungfrauenvereine mit 123 Mitgliedern, endlich 18 Sonntagschulen, in denen die Thätigkeit der Diakonissen sich auf 620 Schüler und Schülerinnen erstreckte. Hervorgehoben wurde die Übernahme neuer Stationen, zu denen namentlich die 5 neuen Gemeindepfleger in Danzig gehören. Die Schwesternschaft besteht außer der Frau Oberin aus 79 eingesegneten Diakonissen, 60 Novizen, 26 Probeschwestern, in Summe 166. Die Zahl der Außenstationen übersteigt 50, und es sind auf ihnen 125 Schwestern tätig. Besonderer Dank wurde allen Wohlthätern der Anstalt ausgesprochen.

[Polizeibericht vom 19. März.] Verhaftet: 1 Arbeiter wegen groben Unfugs, 1 Mädchen wegen Diebstahls, 1 Mädchen wegen Verhindern der Arrestierung, leicht Obdachlose, 2 Dörnen. — Gefohlen: 1 Brosche (Gold-Lapis), 1 Taube, 1 silberne Komtoirohr; 1 Schiebkarre ist als gestohlen angehalten, der unbekannte Eigentümer wolle sich im Criminal-Bureau, Anker-Schmiedegasse Nr. 21, melden. — Gefunden: 1 Pfandstück, abzuholen von der Polizei-Direktion.

+ Neuigkeit, 18. März. Infolge Einladung des landwirtschaftlichen Vereins hatten sich gestern Nachmittag zu dem von der Firma Margath in Dirschau veranstalteten Probeplügen etwa 80 Landwirthe der Umgegend hier eingefunden. Trotz des noch nicht abgetrockneten Ackers erwiesen sich die Plügge, besonders ein dreischärriger Schälpflug, für hiesigen Boden als sehr geeignet.

r. Marienburg, 18. März. Der neu gewählte Bürgermeister Herr Sandfuß aus Zehdenick wird in der ersten Hälfte des nächsten Monats sei hiesiges Amt antreten. Derselbe soll durch den Herrn Regierungs-Rath Meyer eingeführt werden; der Tag ist jedoch noch nicht festgesetzt.

Marienburg, 18. März. Die Angaben des in Nr. 18 187 der Danziger Zeitung (Beilage vom 12. März d. J.) enthaltenen Artikel, der unter „Marienburg, 11. März“ die hiesige staatliche Fortbildungsschule behandelt, sind unrichtig. Ein Attentat auf einen Lehrer der betreffenden Schule hat weder am 9., noch an einem anderen Tage stattgefunden. Am 8. März wurden mir von einem betrunkenen Subjekte, welches mit der Fortbildungsschule in keinerlei Zusammenhang steht, die Fenster durch Eisstücke zertrümmert. Der Thäter ist bereits bestraft worden. Der Dirigent der staatlichen Fortbildungsschule: Rector Dubow.

Der Artikel, welcher die Marienburgsche staatliche Fortbildungsschule behandelt, besteht in einer Correspondenz-Notiz von in Gummia — 6 Zeilen, welche

nur die in Rede stehende irrtümliche Angabe enthält. D. Red.

P. Dr. Krone, 18. März. Aus unserem landwirtschaftlichen Verein hat sich eine Molkerei-Gesellschaft gebildet. In einer stark besuchten Versammlung am Sonnabend Nachmittag wurde, nachdem der Vorsitzende der gewählten Commission das Project eingehend dargelegt, beschlossen, am hiesigen Orte eine Genossenschafts-Molkerei mit unbeschränkter Haftpflicht zu gründen. Einzelheiten verstreichen jetzt sofort und es werden auch gleich die Statuten festgesetzt. Der Betrieb wird mit der Verarbeitung von ungefähr 2000 Liter Milch eröffnet werden. Doch soll vorläufig nur Butter hergestellt werden. Über den Ankauf eines geeigneten Grundstücks wird unterhandelt.

W. Wartenburg, 18. März. Bei der heute im Wahlbezirk Allenstein-Küssel stattgehabten Erwahlung zum Abgeordnetenhaus an Stelle des Abg. Borowski wurden 351 Stimmen abgegeben, von denen 204 aus den Städten Oster in Allenstein (Centrum) fielen, 144 Stimmen erhielt Probst-Bischöfburg (gleichfalls Centrum). Stadtrath Oster ist somit gewählt.

Bermischte Nachrichten.

Berlin, 18. März. [Wort und Selbstmord.] Im Hause Mühlstraße 59 wohnt mit ihrem etwa zwölfjährigen Sohne die Witwe Friedrich, welche mit dem Pantoffelmacher Theilemann ein intimes Verhältnis unterhielt. In Folge einer Brustfell-Entzündung musste Theilemann vor etwa sechs Wochen nach Berliner gebracht werden, wofür er fünf Wochen darüberlag, ehe er wieder entlassen werden konnte. Es scheint, dass Frau Friedrich in der Zwischenzeit zu einem anderen Manne in nähere Beziehungen getreten ist, und dass Theilemann dies erfahren hatte; denn als er gestern nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus die Wohnung derselben betrat, überhäufte er sie mit Vorwürfen, welche sie sich nicht gefallen ließ, so dass zwischen dem Paare ein heftiger Streit entstand, der sich den ganzen Tag über fortsetzte. Abends gegen 8 Uhr war Theilemann wieder bei der Frau Friedrich, der Streit schien beigelegt zu sein, denn Theilemann verlangte Brannwein und schickte den Sohn der Friedrich fort, um das Getränk herbeizuholen. Nachdem der Anabe sich entfernt hatte, fielen in der Friedrichschen Wohnung zwei Schüsse, und als die hier durch Alarminnen hausbewohner hinzugezogen, lagen Theilemann und die Frau Friedrich blutüberströmt am Boden. Letzterer hatte mit einem Revolver auf seine „treulose Braut“ einen Schuss abgefeuert und dann einen zweiten Schuss auf sich selbst abgegeben. Ein Sohn herbeigerufener Arzt constatierte, dass die Augen, die Theilemann auf sich abgefeuert, sofort tödlich getötet hatte, während sein Opfer noch lebe, aber so schwer verwundet sei, dass an ihrem Aufkommen zu zweifeln sei. Nachdem der Arzt ihr die erste Hilfe geleistet, wurde die Überführung der Schwerverwundeten nach einem Krankenhaus veranlasst, sie verstarb jedoch schon auf dem Transport.

Lobz, 18. März. Über den Brand der Poznanski'schen Spinnerei bringen die Lobzer Zeitungen folgende Einzelheiten: Das Feuer brach Sonnabend Abend in der achten Stunde aus. Die Flammen griffen so rasch um sich, dass binnen wenigen Minuten die Baumwollvorräthe vom Feuer ergriffen waren. Die wenigen in der Fabrik noch anwesenden Arbeiter konnten aus allen vier Stockwerken gerettet werden. Die eigentliche Spinnerei ist vollständig zerstört und es beträgt der Schaden über 2 Millionen Mark. Die Färberei, die Appreturanstalt u. s. w., welche von der Spinnerei abliegen, sind vollständig intact geblieben. Es sind daher auch nur etwa 6—700 Arbeiter brodlos geworden.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 19. März.

Gro. v. 18. Cr. v. 18. Cr. v. 18.

Weiß	195.20	196.70	67.70	68.30
Rosgen	185.00	196.70	62.50	54.00
April-Mai	171.50	172.20	53.50	53.30
Juni-Juli	168.20	169.00	52.20	50.00
Bretroleum ex.	200.40	—	—	—
Ioco	24.30	24.50	14.65	14.80
April-Mai	70.00	69.80	11.80	11.70
Sept.-Oktbr.	58.30	58.00	10.20	10.20
Spiritus	34.30	34.20	7.50	7.50
August-Sept.	35.60	35.80	7.50	7.50
1. Februar	106.70	106.70	21.75	21.75
2. Februar	105.30	106.00	21.50	21.50
3. Februar	101.10	101.40	19.50	19.50

Gatt besonderer Meldung.
Auguste Liedtke,
Germann Weigelt,
Verlobte.
Danzig. Lauburg i. Br.



Passagier-Dampfboot-Verbindung Danzig-Grebin.

Heute Nachmittag 5 Uhr entschließt nach kurtem aber schwerem Leidens untere linige liebste Tochter und Schwester (83)

Käthe Boelcke
in fast vollendetem 16. Lebensjahr.

Die tief betrübten Eltern und Geschwister.
Bohnacherweide, den 18. März 1890.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 22. d. M. 12 Uhr Mittags, auf dem Kirchhofe zu Bohnacker statt.

Bekanntmachung.

In unserm Gesellschaftsregister ist heute sub Nr. 311 bei der Handelsgesellschaft Domnick & Schäfer folgender Vermerk eingetragen:

Die Gesellschaft ist durch gegenwärtige Ueberreinkunft aufgelöst. Der Oswald Schäfer setzt das Handelsgeschäft unter unveränderter Firma fort.

Ferner ist ebenfalls heute in unserer Firmenregister sub Nr. 1591 die Firma Domnick & Schäfer in Danzig und als deren Inhaber der Kaufmann Oswald Schäfer ebenfalls eingetragen. (666)

Danzig, den 12. März 1890.

Röntginesches Amtsgericht X.

Concurseröffnung.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Otto Boettcher in Pr. Stargard ist am 17. März 1890, Vorm. 10 Uhr, das Concurserfahren eröffnet.

Concursbewohner Herr Rechtsanwalt Thurau in Pr. Stargard. Offener Arrest mit Anzeigefrist bis zum 17. April 1890.

Erste Gläubiger-Versammlung am 14. April 1890. Vormittags 11 Uhr.

Anmeldefrist bis zum 29. April 1890 einschließlich.

Allgemeiner Prüfungstermin den 7. Mai 1890. Vorm. 10 Uhr. Zimmer Nr. 15. (755)

Pr. Stargard, 17. März 1890.

Röntginesches Amtsgericht.

Durch vollstreckbares Urtheil des Königlichen Schöffengerichts zu Bernen vom 23. Januar 1890 sind die Angeklagten:

1. Zischler Ludwig Sionn geboren zu Pr. Stargard am 17. September 1851.

2. Arbeiter Johann Rostsch, geboren zu Gollakovo am 17. April 1855.

3. Arbeiter Friedrich Schonke, geboren zu Garschken am 6. Oktober 1862.

4. Befleißer Joseph Martin Rullack, geboren zu Gostomien am 12. November 1863.

5. Arbeiter Johann Martin Lenk, geboren zu Schüllien am 4. November 1863.

6. Befleißer Johannes Samowski, geboren zu Salzdorf am 23. Oktober 1857.

wegen Uebertrittung des § 360 Nr. 3 Straf-Gesetz-Buchs zu je 100 Mark Geld eventl. je 4 Wochen Haft verurtheilt.

Es wird um Strafzollfreizeitung und Nachricht hierher zu den Asten E. 50/89 erucht.

Bernen, den 14. Februar 1890.

Röntginesches Amtsgericht.

Auchon Hintergasse 10.

Auchon Wallstraße 10.

Freitag den 21. März, Vormittags 10 Uhr, werde ich

1. Konzertflügel, 1 antiken

Stuhl, eingelegaten Tisch mit 8 Stühlen und herrschaftliches

Möbel für mehrere Zimmer

aus den Meistbietenden versteigern.

Joh. Jac. Wagner Sohn,

vereid. Gerichts-Taxator und

Auctionator. (64)

Dampfer-Expedition

Newcastle - Danzig.

Dampfer „D. Siedler“ lädt den 24./26. d. M. in Newcastle direct nach Danzig. (806)

Güteranmeldungen erbitte

C. Hassell,

Newcastle o. T.,

F. G. Reinhold,

Danzig.

Nach (802)

Copenhagen

Lädt bis Ende dieser Woche

S.S. Charlotte.

Güteranmeldungen erbitte

Aug. Wolff u. Co.

Woolf's

Danzig

Neustadt

Woolf's

Danzig

Wool

Beilage zu Nr. 18199 der Danziger Zeitung.

Mittwoch, 19. März 1890.

Bericht über den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Danzig, Namens des Magistrats erstattet vom Herrn Bürgermeister Hagemann in der Stadtoberordnetenversammlung am 18. März.

In dem von uns zu erstattenden Bericht über das Verwaltungsjahr 1889/90 haben wir zunächst dem Gefühl schmerzlicher Trauer Ausdruck zu geben, in welche unsere Bürgergesellschaft zusammen mit dem deutschen Volke durch den Tod der Kaiserin Augusta, der treuen Lebensgefährten unseres unverglichenen großen Kaisers Wilhelm I., der liebvollen Mutter des edlen Dulders Kaisers Friedrich III. versehnt worden ist. Besetzt von dem Geiste stärkster Humanität, hat die hochselige Kaiserin ihre Lebensaufgabe darin gefunden, menschliches Elend und Leid zu lindern, Werke der Barmherzigkeit und Liebe zu üben, und so ist sie, wie das an ihrem Grabe bezeugt worden ist, im besten Sinne des Wortes „eine Samariterin auf dem Throne“ geworden. Die Dankbarkeit unzähliger Notleidender, denen sie Hilfe und Trost auch in unserer Stadt hat zu Theil werden lassen, folgt ihr in das Grab nach, und in inniger Verehrung und Liebe werden auch wir stets dieser edlen Fürstin gedenken.

Zur Erstattung des Verwaltungsberichts selbst übergehend, haben wir zunächst mitzutheilen, daß der Rechnungsabschluß des jetzt ablaufenden Verwaltungsjahrs ein recht günstiger sein wird.

Nach den desfalls gemachten Erhebungen steht zu erwarten, daß ein Bestand von 470 000 Mk. das sind

180 000 Mk. mehr als im Vorjahr, verbleiben wird.

Dieses erfreuliche Resultat ist im wesentlichen dem Umstande zu verdanken, daß abgesehen von Mehr-Einnahmen bei der Gas- und Schulverwaltung, sowie bei

dem Wohnungssteuer- und dem Grund- und Gebäude-

steuerzuschlagsfonds rund 58 000 Mk. mehr als ver-

anschlagt an Gemeinde-Einkommensteuer eingehen

werden, und daß bei dem Extraordinarium der

Kämmerei-Verwaltung aus dem landwirtschaftlichen

Zöllem rund 118 000 Mk. gegen 55 000 Mk. des Vor-

jahres zu vereinnahmen waren. Von dem Bestande

haben wir 250 000 Mk., d. i. den Betriebsfonds des

letzten Jahres, wieder als Betriebsfonds in den Staat

eingestellt, 106 000 Mk. für den Neubau der Matten-

budener Brücke, 50 000 Mk. für Neupflasterungen,

50 000 Mk. als erste Baurate für den Bau eines Schul-

hauses in der Baumgartischen Gasse und 10 000 Mk.

für die Beschaffung einer Dampfspritze ausgeworfen,

den weiteren kleinen Rest aber zur Deckung ander-

weiterer Forberungen des Ausgabe-Staats verwandt.

In Folge der eben erwähnten größeren Ausgabe-Beiträge

schließt der Hauptvoranschlag für den Stadthaushalt

des Verwaltungsjahrs vom 1. April 1890 bis dahin

1891, welchen wir Ihnen hiermit nach vorschriftsmäßiger Auslegung überreichen, in Einnahme und

Ausgabe mit 3 922 000 Mk., d. i. mit einem Mehr von

229 325 Mk. gegen den laufenden ab. Eine Erhöhung

des Zuschlagsprozentfaches wird nicht eintreten; die

von uns zur Ausgleichung des Staats an Gemeinde-Ein-

kommene Steuer mehr eingestellten 30 000 Mk. werden

nach dem eben mitgetheilten günstigen Ertragsnach-

der Gemeindesteuer in dem ablaufenden Berichtsjahr sicher

auch in dem neuen Jahre eingehen. — Der Stand der

Reitverwaltung, wenn schon ungünstiger als im Vor-

jahre, darf mit Rücksicht auf die auch im letzten Jahre wenig günstigen Erwerbsverhältnisse unserer Landpächter immerhin noch als zufriedenstellend bezeichnet werden, da an Pachtzins, Kaufhofs- und Kurkostenresten nur gegen 10 000 Mk. verbleiben werden.

Der Kapitalfonds ist von 431 320 Mk. auf rot. 436 170 Mk. angewachsen. Von den Einnahmen desselben heben wir hervor: a. Ablösungskapitalien für Gefälle und Berechtigungen 32 154 Mk., darunter 17 997,25 Mk. abgelöste Rentie von der von Schichau erworbenen früher Boischeischen Parzelle vor dem Olivaer Thore; b. Kaufgeiß für veräußerte Grundstücke 68 312 Mk., darunter 67 033 Mk. für die von der Zucker-Raffinerie Danzig erworbenen Parzellen des Olivaer Freilandes; c. aus herrenlosen Nachlässen 3927 Mk. Dagegen sind aus demselben neben anderen kleineren Summen verausgabt: 1. 65 000 Mk. für das von der Synagogengemeinde gekaufte Grundstück Lavendel- und Häckergassenecke, — 2. 14 216 Mk. für das von den Eller'schen Cheleuten erworbene Grundstück Baumgartische Gasse Nr. 2, — 3. 3090 Mk. Kaufgeldzuschuß für das von der Armenanstalt Pelonken gekaufte frühere Diestel'sche Grundstück Oliva Bl. 129 des Grundbuchs, — 4. 3202 Mk. Kostenhälfte für das Anschlußgeleise der Weichseluferbahn nach dem Grundstück vor dem Olivaer Thore Nr. 1, — 5. 6668½ Mk. Zuschuß zum Bau eines neuen Stalles auf dem Kämmerei-Vorwerke Briesewald. Der besonders vermehrte Kapitalansammlungsfonds hat um 17 878 Mk. zugenommen und beträgt jetzt 453 726 Mk. Aus der Anleihe von 1882 sind noch 361 083 Mk. im Bestande verblieben.

Die Schulden der Stadt betragen, nachdem im Jahre 1889/90 insgesamt 163 650 Mk. getilgt sind, noch: 1. von der Anleihe von 1850 36 600 Mk., 2. von der Anleihe aus dem Reichssolidenfonds 4 621 500 Mk., 3. von der Anleihe von 1882 2 367 100 Mk., 4. Hypothekenschuld auf dem Mühlengrundstücke vor dem hohen Thore, auf den Grundstücken Langgasse Nr. 26 und Baumgart'sche Gasse Nr. 2 147 800 Mk., zusammen 7 173 000 Mk.

Von den in der Verwaltung vorgekommenen Personal-Veränderungen heben wir, nachdem Ihr Herr Vorsteher, dessen Bericht Ihrem Beschuß geöffnet zusammen mit dem unsrigen gedruckt werden soll, hierüber ausführliche Mittheilungen gemacht hat, nur das Ausscheiden der Herren Stadträthe Hinze und Büchtemann hervor, deren treue und erfolgreiche Tätigkeit im Interesse unserer Stadt Sie mit uns kennen und schätzen gelernt haben, und deren Fortgang beide städtischen Collegien aufrichtig bedauern. An Stelle des als Landesrat in die westpreußische Provinzial-Verwaltung eingetretenen Herrn Hinze haben Sie Herrn Magistrats-Assessor Wilting gewählt, der seit dem 1. Juni v. J. sein neues Amt angestrebt hat. Die Stelle des zum Bürgermeister von Charlottenburg gewählten Herrn Büchtemann haben Sie ausgeschrieben und werben Sie die Ersatzwahl in nächster Zeit vornehmen. Zu den einzelnen Verwaltungen übergehend haben wir Folgendes anzuführen:

Kämmerei-Verwaltung.

Bei den meisten Positionen der Einnahmen und Ausgaben des Kämmereifonds werden wesentliche Abweichungen von den Staaatsfählen sich nicht ergeben.

nur bei den Pachten und Mieten werden zufolge der bei der Neuverpachtung der Bürgerwiesen, des Bobenbruches, der Heubuder Kämpe theilweise erzielten Mindererträge Mindererträge von rund 1700 Mk. und bei dem Laudemium und den Caduceldern solche von etwa 870 Mk. zu verzeichnen sein. Demgegenüber werden an Kreiscommunalabgaben und an Ausgaben von den Pachtzuschlägen 3800 Mk. erspart werden. Am Kaufhofs werden 23 000 Mk. mehr, als der Staat vorgesehen, zu vereinnahmen sein. In Folge bewilligter Theilzahlungen werden aber hier gegen 12 000 Mk. in Rüsteinnahme verbleiben. Eine gleiche Summe wird in Folge der schlechten Ernte dieses Jahres voraussichtlich auch bei den Pachtzinsen im Rückstande verbleiben, da viele Pächter nicht in der Lage sind, die Pachtzinsen diesmal pünktlich entrichten zu können. Bei dem Extraordinarium des Kämmereifonds sind, wie wir bereits angeführt haben, rund 118 000 Mk. aus den landwirtschaftlichen Zöllem zur Vereinnahmung gelangt.

Bei dem Fonds der Handelsanstalten werden an Lager- und Baumgeldern, an Brückendurchschlagsgeldern, und an Krähngesällen zusammen etwa 750 Mark, an Stromgeldern aber 4470 Mk. mehr gegen den Staat-Ansatz eingehen. Dagegen werden die Einnahmen an Theehofsgesällen um 1140 Mk., an Lagergeld vom Bleihofe um 5290 Mk. gegen den Staat zurückbleiben.

Bewaltung der Wasserleitung und Kanalisation.

Die Betriebsverhältnisse unserer Wasserwerks-Anlagen und des Kanalisations-Systems sind während des Berichtsjahrs durchaus zufriedenstellende gewesen. Beim Wasserwerk insbesondere sind genügend reichlicher Wasserzufluß auf der einen, angemessener Consum auf der anderen Seite erfreulicher Weise zu constatiren, wie denn auch Störungen in dem gesamten Betriebe nicht vorgekommen sind.

I. Das Wasserquantum, welches unserer Stadt durch

die Prangenauer Quellwasserleitung im vergangenen Jahr zugeführt wurde, beträgt 3 771 709 Kubikmeter gegen 3 823 629 Kubikmeter im Vorjahr; das Tagesdurchschnittsquantum stellt sich auf 10 333,4 Kubikmeter gegen 10 447 Kubikmeter im Vorjahr. Die Abnahme gegen das Jahr 1888/89 wird sich auf die erheblich geringere Zahl von atmosphärischen Niederschlägen zurückführen lassen; immerhin weisen obige Zahlen gegen frühere Jahre, insbesondere gegen 1887/88, eine nicht unerhebliche Steigerung auf. Was

wir im letzten Verwaltungsbericht betonen durften, daß sich in Folge der Aufstellung der Wassermesser die Consumverhältnisse unserer Stadt günstig gestaltet haben, das können wir auch für das laufende Berichtsjahr constatiren. Das Hauptreservoir in Odra ist im vergangenen Jahr, trotz unausgefeineter Drucks bei Tag und Nacht, wiederum durchweg noch am Abend völlig gefüllt gewesen: ein erfreuliches Resultat, da es zeigt,

dass der Betrieb sich in richtigen Bahnen bewegt. An Wassermessern sind 80 neue aufgestellt, und es beträgt jetzt die Zahl der unter Wassermesserkontrolle stehenden Grundstücke rund 4000. Die Zahl der Wasseranschlüsse an die Prangenauer Leitung betrug 20 gegen 23 im Vorjahr; insgesamt sind jetzt 4130 Grundstücke angeschlossen. Eine Erweiterung des öffentlichen Rohrsystems hat stattgefunden in der Gartengasse mit 112,8 Mr. der Grabengasse mit 86,0 Mr. und am Olivaerthor mit 55,0 Mr. Außerdem sind zwei neue Hydranten aufgestellt worden. Bezüglich der Extrags-

verhältnisse wird die Staat-Einnahmesumme aller Voraussicht nach nicht unerheblich überschritten werden. Die drei ersten Quartale, welche wir mit je 70 000 Mk. Einnahme veranschlagen hatten, haben zusammen eine solche von rund 226 500 Mk. gebracht; ein kleiner Rückgang des dritten Quartals gegen das Vorjahr dürfte sich im vierten Quartal reichlich ausgleichen. Die Ausgaben haben im wesentlichen den Voraussetzungen bei Aufstellung des Staats entsprochen.

II. Hinsichtlich des Wassers aus der Pełonkener Quelleleitung sind im vergangenen Berichtsjahr Klagen über Qualität nicht zu uns gelangt. Wir bleiben bemüht, durch sorgfältige, häufige Reinigung der Leitung und des Reservoirs Unzuträglichkeiten nach Kräften vorzubeugen. Das Rohrnetz dieser Leitung hat eine erhebliche Erweiterung (1365,5 Mr. und 5 Hydranten) erfahren durch Fortführung der Rohre von Langfuhr bis zur halben Allee. Durch Ihren Beschuß vom 18. Juni 1889 haben Sie einen Betrag von 12 000 Mk. hierzu bewilligt (5600 Mk. hiervon aus der Festverwaltung) und gleichzeitig den Abschluss von Verträgen mit verschiedenen Adjacenten der großen Allee genehmigt. Die letzteren haben sich verpflichtet, einen Theil der Kosten wiederzuerstatten, und es steht zu erwarten, daß noch weitere Adjacenten Anschlußberechtigung nachsuchen und dadurch die diesseits ausgewendeten Kosten herabmindern werden. Nachdem 7 neue Privatanschlüsse hinzugekommen sind, bestehen zur Zeit deren 109. Der Wasserverbrauch in den beiden Vorstädten hat sich im 2. und 3. Quartal nicht ganz auf der Höhe des Vorjahres gehalten, während er im April-Juni das Vorjahr übertraf. Immerhin wird die Veranschlagungsumme voraussichtlich erreicht werden, wie denn auch zu hoffen ist, daß die Erweiterung des Rohrnetzes und anderweitige Anlagen auf die finanziellen Ergebnisse günstig einwirken werden.

Bewaltung der Wasserleitung und Kanalisation.

Die Betriebsverhältnisse unserer Wasserwerks-Anlagen und des Kanalisations-Systems sind während des Berichtsjahrs durchaus zufriedenstellende gewesen. Beim Wasserwerk insbesondere sind genügend reichlicher Wasserzufluß auf der einen, angemessener Consum auf der anderen Seite erfreulicher Weise zu constatiren, wie denn auch Störungen in dem gesamten Betriebe nicht vorgekommen sind.

III. Bei der Tempelburger Leitung haben wir uns damit begnügt, durch Regaraturen die nicht selten vorkommenden Schäden auszubessern und dadurch die Leitung betriebsfähig zu erhalten. Die etatmäßig ausgezahlte Summe von 1450 Mk. für Ausgaben wird wahrscheinlich um ein wenig überschritten werden. Die Einnahmen betrugen wie früher 45 Mk.

IV. Im Kanalsystem ist die Anbringung von 9 Einsteigegesällen und 2 Gulys zu vermerken; das Rohrnetz ist um 44,10 Meter in der Gartengasse und um 89 Meter in der Grabengasse erweitert worden. Neue Kanalisations-Anschlüsse haben 32 (gegen 28 im Vorjahr) stattgefunden, so daß jetzt deren 4404 vorhanden sind.

Von den Dampfkesseln der Pumpstation ist zunächst der eine im Berichtsjahr einer gründlichen Reparatur unterzogen worden. Für die Arbeit war bereits im Staat eine, freilich nicht ganz hinreichende Summe ausgezahlt. Desgleichen ist, früheren Beschlüssen gemäß, der eine Extractor auf der Pumpstation durch die Firma Skawitzer repariert und wieder betriebsfähig gemacht. Die Bewirthschaffung und der Betrieb auf den Kieselfeldern ist während des Berichtsjahres regelmäßig gewesen und hat irgend welche Störungen nicht erfahren.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 18. März. Streidemarkt. Weiten leca ruhig, holsteinischer loco neuer 185—194. — Rosgen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 175—180, ruhig.

